



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

15. Februar 2022

Marion Fisch +++ Entspannungspolitik +++ Schule in der Pandemie +++ Mietenexplosion +++ Flüchtlinge +++ Raubkunst



Friedenskundgebung auf dem Rathausmarkt am 5. Februar (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

Im letzten »Bürger:innenbrief« hatten wir das vernehmlicher werdende Kriegsgerassel kurz thematisiert, vier Wochen später zeigt sich die deutsche Außenministerin mit Helm und schutzsicherer Weste an der ostukrainischen »Frontlinie« und der US-Präsident warnt vor dem dritten Weltkrieg. Ticken die noch richtig? Statt nachhaltigen Einsatzes für Frieden, Abrüstung und das Minsker Abkommen wird eine Drohkulisse nach der anderen aufgebaut und der Krieg förmlich herbeigeredet. Es ist hier nicht der Ort, umfangreiche geostrategische Überlegungen anzustellen, aber so viel ist klar, nicht nur ukrainische, sondern auch russische Sicherheitsinteressen sind ernst zu nehmen. Zitieren wir in diesem Zusammen-

hang Gregor Gysi, der schon im Dezember eine deutsche Vermittlungsrolle anmahnte und formulierte: Es gebe Grenzen, die man nicht überschreiten dürfe. So wie damals der frühere russische Führer Chruschtschow die für Kuba bestimmten Schiffe mit Atomraketen auf Druck von US-Präsident Kennedy habe umkehren lassen, »sollten wir nicht zu weit gehen bei der Einkreisung Russlands, weil sie das missverstehen« (www.presseportal.de/pm/6511/5094339).

Vor diesem Hintergrund verblassen fast ein wenig die Anstrengungen unserer Fraktion und die Belastungen, denen die Menschen tagtäglich ausgesetzt sind. Belassen wir es dieses Mal dabei und werfen zumindest noch einen Blick zu-

rück auf den vergangenen Sonntag. Wir wollen ja nicht nochmal nachtreten, der alte neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist schließlich gewählt. Aber statt des Agenda-2010-Architekten und »neoliberalen Machtmenschen« (Ulrike Herrmann in der taz vom 21.1.2022), hätten wir uns schon jemanden gewünscht, der andere Akzente setzt. So einen, der z. B. solche Sätze sagt: »Ich möchte Themen auf die Agenda setzen, die gesellschaftlich zu wenig thematisiert werden. Ein Fürsprecher der Menschen sein, die in der Minderheit sind. Die sozial diskriminiert und stigmatisiert werden – und das sind für mich vor allem Menschen, die von Armut betrof-

fen sind« (Hamburger Morgenpost, vom 11.2.2022). So Prof. Dr. Gerhard Trabert, Arzt und Gründer des Vereins »Armut und Gesundheit in Deutschland«, der am Sonntag als Kandidat der Linkspartei bei der Bundespräsidentenwahl nicht durchgekommen ist. Schade eigentlich. Wer sich in zwei Minuten noch einmal vergegenwärtigen möchte, welche Chance uns da entgangen ist, guckt hier: <https://www.youtube.com/watch?v=C9CB2rDk9RU>.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann,
Hanno Plass und Michael Joho

Marion Fisch

4.11.1968 – 16.01.2022

Völlig überrascht und tief betroffen haben wir vom Tod Marions, gerade einmal 53-jährig, erfahren. Wir haben sie in den vergangenen Jahren als verlässliche und kreative Gestalterin dieses »Bürger:innenbriefes« kennen- und schätzen gelernt, zwei von uns kannten sie aus der Verlagsarbeit und dem politischen Stadtteil- und Bezirksengagement auch schon Jahre länger. Mit Marion verlieren wir eine kluge, zurückhaltende, grundfreundliche und immer mitfühlende Weggefährtin, die uns sehr fehlen wird.

Heike Sudmann und Michael Joho, Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Marions Basisorganisation/Stadtteilgruppe hat uns erlaubt, ihren Nachruf zu veröffentlichen:

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass unsere liebe Genossin Marion Fisch am 16. Januar nach längerer Krankheit verstorben ist.

Marion war seit Gründung der Basisorganisation Horn/Hamm/Borgfelde (BO) in unserer BO aktiv. Sie war immer eine treibende und zuverlässige Kraft, die die BO mit Leben füllte. Wir haben sie stets als solidarisch, engagiert, mitfühlend und humorvoll erlebt.

Besonders lag Marion die Erinnerungsarbeit für NS-Opfer im Stadtteil am Herzen. So haben wir auf ihre Initiative hin die Patenschaft für den Stolperstein übernommen, der an den verfolgten Kommunisten Walter Medau aus Hamm erinnert.

Sehr gerne erinnern wir uns an die vielen Sommerkinos im Hammer Park, die wir über viele Jahre zusammen mit Marion auf die Beine gestellt haben. Auf diesen Veranstaltungen hatten wir gemeinsam viel Spaß und dabei das Zusammengehörigkeitsgefühl genossen.

Marion war tief im Stadtteil Hamm verankert und so war es nur folgerichtig, dass sie über viele Jahre im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde als zugewählte Bürgerin aktiv war. Marion wollte ganz konkret die Lebensbedingungen in unseren Stadtteilen verbessern (»ja ja das ist viel Klein-Klein«) und dabei gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einbeziehen. Dabei war es ihr immer wichtig, mit Initiativen im Stadtteil zusammenzuarbeiten.

Marions Tod reißt eine tiefe Lücke und lässt uns fassungslos zurück.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrem Ehemann Christian.

Für die BO Hamm/Horn/Borgfelde der LINKEN

Sandra Clemens, Alexander Götze, Harald Singler



Marion Fisch (Foto: H. Singler)



Ditte Gerns auf der Friedenskundgebung am 5. Februar (Foto: M. Joho)

Entspannungspolitik jetzt! Krieg ist keine Lösung!

Von Ditte Gerns*

Von der Presse totgeschwiegen fand am 5. Februar eine »Friedenskundgebung zum Ukraine-Konflikt« statt. Eingeladen hatte dazu das »Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.«, das seit vielen Jahren die Aktivitäten der – leider etwas ruhig gewordenen – Friedensbewegung koordiniert. Einige Hundert Menschen fanden sich auf dem Rathausmarkt ein, viel, viel zu wenig in einer Situation, in der das Kriegsgerassel bedrohlich zunimmt. Doch in einer ARD-Umfrage hatten sich wenige Tage zuvor 80 % der Befragten gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen – ein Auftrag an die Bundesregierung!

Wir danken der Verfasserin Ditte Gerns für die Möglichkeit des Abdrucks ihrer Rede, die sie am 5. Februar gehalten hat.

**Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,**

wir stehen hier, weil wir Angst haben, dass sich der Konflikt um die Ukraine zu einem Krieg entwickeln könnte. Krieg ist keine Lösung. Krieg führt zu unvorstellbaren, im Atomzeitalter irreversiblen Zerstörungen der Lebensgrundlage der Menschen, ist sozusagen der Super-GAU. Darum stehen wir als Mitglieder des Arbeitskreises Frieden in ver.di Hamburg für eine

Politik der Entspannung und der Verständigung mit allen Völkern, auch mit Russland.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem Russland nicht trotz aller Dementi unterstellt wird, einen Krieg gegen die Ukraine beginnen zu wollen. Als Beweis dient die russische Truppenkonzentration auf eigenem Territorium an der Grenze zur Ukraine. NATO-Truppen und NATO-Waffen, die seit 30 Jahren kontinuierlich an die Westgrenze Russlands vorgeschoben wurden,

werden nicht als Bedrohungskulisse gegenüber Russland problematisiert. Diesbezügliche russische Sicherheitsbedenken werden nicht erst genommen. So kann Diplomatie auf Augenhöhe, wie von Russland gefordert, nicht gelingen. Kein Wort vernimmt man aus unseren Medien vom Aufmarsch der ukrainischen Armee an der Grenze zu den abgespaltenen Republiken im Donbass. Ebenso kein Wort über das Verhalten der ukrainischen Regierung, die eine Umsetzung des Minsker Abkommens hintertreibt, indem sie Verhandlungen mit den Republiken ablehnt.

Dieses Abkommen aus dem Februar 2015 kann Grundlage einer friedlichen Lösung des Konflikts sein. Es wurde von den obersten Repräsentanten Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands ausgehandelt und vom UN-Sicherheitsrat einstimmig bestätigt. Die wichtigsten Punkte lauten:

- Beginn von Gesprächen über Wahlen in Donezk und Lugansk bezüglich des künftigen Status der beiden Regionen;
- daraufhin Ausarbeitung einer gemeinsam abgestimmten neuen ukrainischen Verfassung, die die Dezentralisierung ermöglicht;
- Wahlen unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;
- am Ende dieses Prozesses soll die Übernahme der vollständigen ukrainischen Kontrolle über die Grenze zu Russland stehen.

Wäre das Minsker Abkommen umgesetzt worden, gäbe es diese Eskalation heute nicht. Das Abkommen ist weiterhin gültig, und es wird sich immer wieder darauf bezogen. Daher fordern wir, dass sich die Bundesregierung in der derzeitigen aufgeheizten Situation als Signatarstaat auf die Durchsetzung dieses Abkommens konzentrieren muss, um eine friedliche Lösung zu erzielen.

Zu einer solchen vermittelnden Rolle passt es nicht, sich am derzeitigen Säbelrasseln der NATO-Staaten gegenüber Russland zu beteiligen, d. h., wir fordern von der Bundesregierung vor allem dreierlei:

- ❶ Keine Waffenlieferungen an die Ukraine! In diesem Sinne unterstützen wir die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber Waffenlieferungen an die Ukraine. Allerdings sendet die Lieferung von Helmen und Lazarettausrüstungen ein falsches Signal, weil auch diese Güter zur militärischen Ausstattung gehören. Der allseitige Druck, der derzeit auf die Regierung ausgeübt wird, darf nicht dazu führen, von dieser Position abzuweichen, auch nicht durch die genannten Lieferungen.
- ❷ Keine permanenten Sanktionsdrohungen gegen Russland! Sanktionen haben zu keiner positiven Veränderung der Situation geführt. Im Gegenteil. Sie stehen einer Verhandlungslösung entgegen.
- ❸ Die Bundesregierung darf es nicht zulassen, dass die Reste der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik



Vorm Rathaus am 5. Februar (Foto: M. Joho)

gegenüber Russland für die Osterweiterung der NATO geopfert werden. Sie muss sich für die Schaffung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit in Europa unter Einchluss Russlands einsetzen.

Es besteht die Gefahr, dass die Ukraine Krise zum Vorwand genommen wird, die Aufrüstung in unserem Land noch weiter zu forcieren als ohnehin geplant. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

Abrüsten statt aufrüsten! Keine Durchsetzung des von der NATO geforderten 2%-Ziels, das darin besteht, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung auszugeben. Wir benötigen die finanziellen Mittel mehr denn je für die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystems, für den Ausbau der zivi-

len Infrastruktur, für Kunst und Kultur, für die Überwindung der Pandemiefolgen und vieles mehr.

Die Pandemie zeigt auf, wo in Deutschland im übertragenen Sinn die Hütte brennt. Diese Brände müssen wir mit den Mitteln aus dem Rüstungshaushalt löschen, statt mit Waffenlieferungen in die Ukraine und in andere Konfliktherde dort Kriege zu befeuern. Das wäre ein effizienter Beitrag zur Stabilisierung des Friedens in Europa und weltweit.

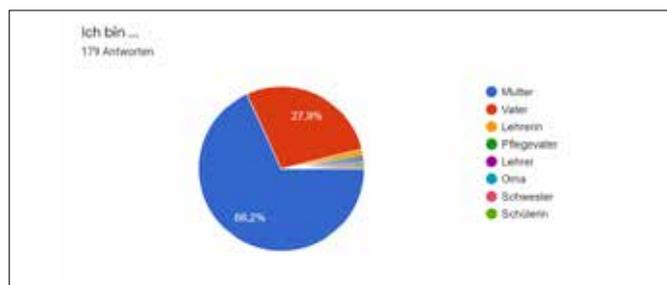
Mehr zum *ver.di*-Arbeitskreis Frieden gibts hier: <https://hamburg.verdi.de/gruppen/arbeitskreis-frieden>, der Aufruf des Hamburger Forums unter www.hamburgerforum.org.

*Ditte Gerns ist Mitglied des Arbeitskreises Frieden in ver.di Hamburg.

»Schule in Zeiten der Pandemie« Auswertung einer Umfrage der Linken

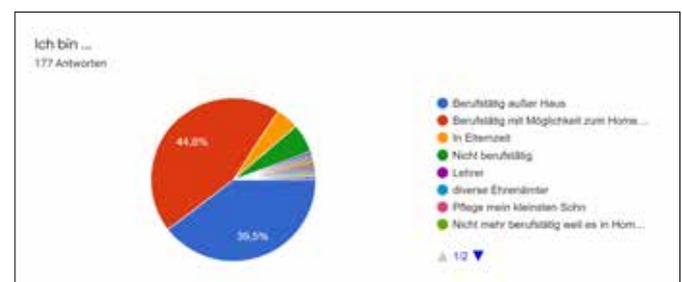
Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Am 7. Januar dieses Jahres startete die Fraktion DIE LINKE auf ihren Social-Media-Accounts, Instagram, Facebook und Twitter, eine breit angelegte Umfrage zum Thema »Schulen in Zeiten der Pandemie«. Zu Beginn stand die generelle Abfrage nach der Zufriedenheit mit der bisherigen Schulpolitik in der Coronapandemie. Von 386 Teilnehmer:innen zeigten sich 16 % zufrieden und 84 % unzufrieden. Hinter dieser Abfrage war eine Umfrage mit 41 detaillierten Fragen hinterlegt. An dieser haben, Stand 7. Februar, bisher 179 Personen teilgenommen. Es konnten bei dieser Umfrage einzelne Fragen ausgelassen werden, so dass die Summe von 100 % der Antworten nicht unbedingt die Gesamtsumme der Teilnehmenden umfassen muss. In ihrer großen Mehrheit (68,2 %) sind es Mütter, zu 27,9 % Väter, die die Umfrage ausgefüllt haben.



Von ihnen sind 18 % alleinerziehend (32 Personen), 82 % (146 Personen) nicht alleinerziehend. Die Art der Berufstätigkeit scheidet sich in zwei große Kategorien, die uns abzufragen wichtig waren: berufstätig mit oder ohne Möglichkeit zur Arbeit im Homeoffice. Das Ergebnis ist fast balanciert: 39,5 % sind berufstätig außer Haus, 44,6 % berufstätig mit Möglichkeit zum Homeoffice. Bei den verbleibenden 16 % unterscheidet sich die berufliche Lage in diverse konkrete Lagen, von nicht-berufstätig (5,6 %) über Elternzeit (4,5 %) bis zu Berufstätigkeit mit Möglichkeit, die Kinder mitzunehmen (in einem Fall, 0,6 %), unter anderem.

Von ihnen sind 18 % alleinerziehend (32 Personen), 82 % (146 Personen) nicht alleinerziehend. Die Art der Berufstätigkeit scheidet sich in zwei große Kategorien, die uns abzufragen wichtig waren: berufstätig mit oder ohne Möglichkeit zur Arbeit im Homeoffice. Das Ergebnis ist fast balanciert: 39,5 % sind berufstätig außer Haus, 44,6 % berufstätig mit Möglichkeit zum Homeoffice. Bei den verbleibenden 16 % unterscheidet sich die berufliche Lage in diverse konkrete Lagen, von nicht-berufstätig (5,6 %) über Elternzeit (4,5 %) bis zu Berufstätigkeit mit Möglichkeit, die Kinder mitzunehmen (in einem Fall, 0,6 %), unter anderem.



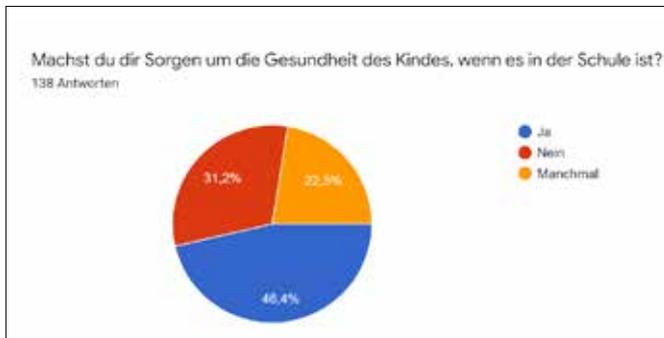
Bei den Partner:innen hingegen ist genau die Hälfte außer Haus tätig, immerhin ein Drittel (36,4 %) können im Homeoffice tätig sein. Weitere unterschiedliche Einzelantworten bilden den Rest.

Die Zahl der Kinder beläuft sich bei 33,1 % auf eines, bei 43,8 % auf zwei, bei 18 % auf drei und bei 5,1 % auf 4 oder mehr Kinder.

Weil die Umfrage auf Kinder in einer Altersgruppe zielte, von der wir annahmen, dass sie in höherem Maße betreut werden müssten als ältere Kinder, haben wir die Umfrage wesentlich auf Kinder zwischen sechs und elf Jahren eingegrenzt. Dass die Mehrzahl der Kinder (61,9%) daher auf die Grundschule geht, ist nur folgerichtig. Bei den weiterführenden Schulen sind es zu 19,4 % (27) Schüler:innen der Stadtteil-

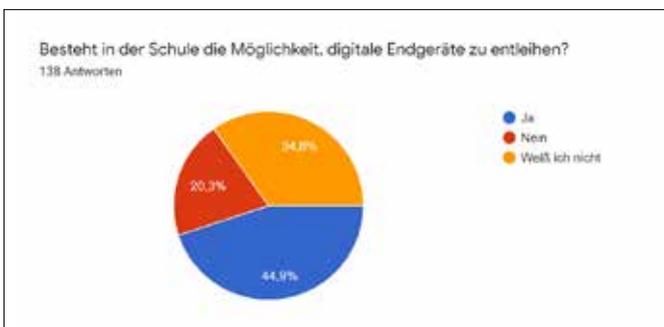
schule und 17,3 % (24) Schüler:innen des Gymnasiums. Zwei Kinder besuchen eine Förderschule.

Gefragt nach dem Grad der Sorge um die Gesundheit der Kinder, wenn sie in der Schule sind, gaben 46,4 % der Eltern Ja an, 22,5 % Manchmal und 31,2 % Nein.



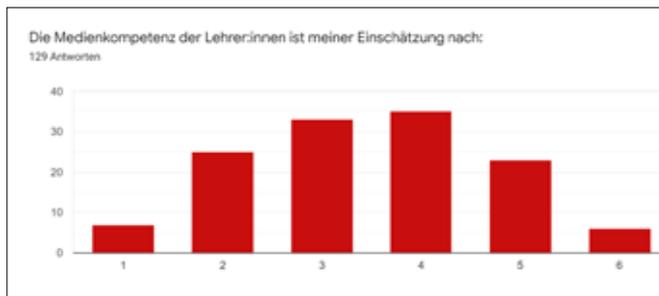
Hinsichtlich der technischen Maßnahmen zur Pandemie-eindämmung stachen drei Maßnahmen heraus, die zu einem großen Teil unter den Eltern bekannt waren: Masketragen, regelmäßiges Lüften, Luftfilter. Hinzu kam die regelmäßige Testung der Schüler:innen. Von der Palette eingeführter Maßnahmen sollte nach Ansicht der Eltern Luftfilter und regelmäßiges Lüften beibehalten werden, wie auch die Begleitung zum Händewaschen (alle erhielten mehr als 50 % Zustimmung).

Während des ersten und zweiten Lockdowns wurden einige Anstrengungen unternommen, um eine Beschulung durch Fern- oder Wechselunterricht anzubieten. Viele der Kinder und Jugendlichen bekamen digitale Endgeräte – von Haus aus oder durch die Schulen. Unter den Teilnehmer:innen der Umfrage verfügt die große Mehrheit (87,8 %) der Kinder über ein digitales Endgerät, von denen bis auf wenige Ausnahmen (5) alle eigene Endgeräte zur Verfügung haben. In 12 Fällen sind nicht genügend Geräte für alle in den Haushalten vorhanden. Dennoch ist frappierend, dass nur 44,9 % der Eltern wussten, dass auch an ihrer Schule die Möglichkeit bestand, digitale Endgeräte ausleihen zu können. 34,8 % wussten es nicht und fast 20,3 % zufolge war an ihrer Schule kein Endgerät zu leihen gewesen.

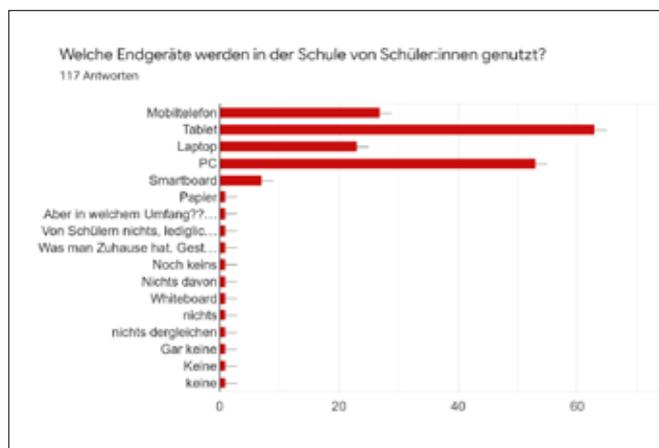


Mit dem digitalen Unterricht ist die Frage nach den Kompetenzen der jungen Menschen im digitalen Raum enorm gestiegen. Die schulischen Antworten auf die Herausforderung des digitalen Unterrichts hingegen wurden eher negativ beantwortet. Mehrheitlich fehlt es an einem Fach, das Medien-

kompetenzen fördert [»Gibt es an der Schule das Fach »Medienerziehung« (EDV, Informatik ...?)«] Antwort: 37,2 % Ja, 62,8 % Nein], und auf die Frage, ob es eine Vorbereitung auf die Nutzung von digitalen Medien gegeben habe, so urteilen die Teilnehmer:innen: 62 (45,8 %) Könnte besser sein, 49 (36,8 %) Nein und nur 24 (17,8 %) Ja. Hinsichtlich der Medienkompetenz der Lehrkräfte gibt es zwar ein eher ausgewogenes Bild, aber mit leicht positiver Tendenz. Damit verbunden fällt die entsprechende Gesamtbilanz der Anstrengungen der Schulbehörde, digitale Kompetenz schnell an den Start zu bringen, eher negativ aus:



Immerhin benutzen die Kinder mehrheitlich einen PC oder ein Tablet (45,3 %, 53,8 %) aber zum Teil auch einen Laptop (19,7%) für den digitalen Unterricht, doch rund ein Viertel (23,1 %) sind auf ein Mobiltelefon angewiesen.



Natürlich ist die Zeit eines Kindes, die es vor dem Bildschirm verbringen sollte, altersabhängig. Eltern sehen die Zeit bei maximal einer (46,6 %) bzw. zwei Stunden (42,1 %), wenige bei drei bis vier Stunden (10,5 %) und 0,8 % setzen die Zeit bei vier bis sechs Stunden an. Jedoch erlebten die Familien, dass ihre Vorstellung einer maximalen Zeit vor dem Bildschirm wenig mit ihrer Wirklichkeit im Lockdown zu tun hatte. 12,5 % gaben an, keine Zeit im täglichen Distanzunterricht verbracht zu haben, 28,7 % ein bis zwei Stunden, 35,3 % drei bis vier Stunden, 12,5 % sogar fünf bis sechs Stunden. Vier Teilnehmer:innen gaben an, ihr Kind habe sieben oder mehr Stunden vor dem digitalen Endgerät verbracht. Eine Vielzahl von Einzelantworten differenziert weiter zwischen Notbetreuungsanspruch, individuellen Lösungen und dem Umstand, dass kein Distanzunterricht angeboten worden sei.

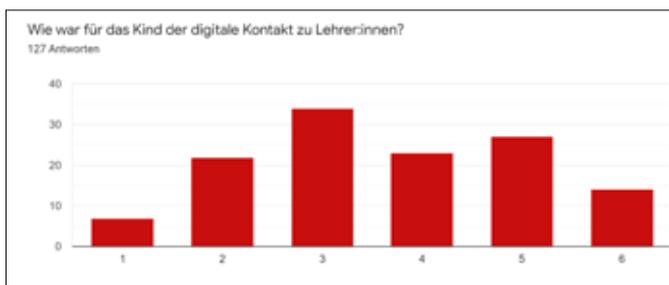


Dabei mussten Eltern verschiedene, aber nicht unerhebliche Zeitkontingente aufwenden, um ihre Kinder beim Distanzunterricht zu unterstützen. Zwar gaben 12,7 % an, keine Stunde aufbringen zu müssen, 16,4 % eine und 26,9 % zwei Stunden. Immerhin 23,1 % mussten ganze drei Stunden verwenden und 11,2 % vier. Noch 9,7 % gaben an, fünf oder mehr Stunden für die Unterrichtsbegleitung des Kindes aufgewendet zu haben.



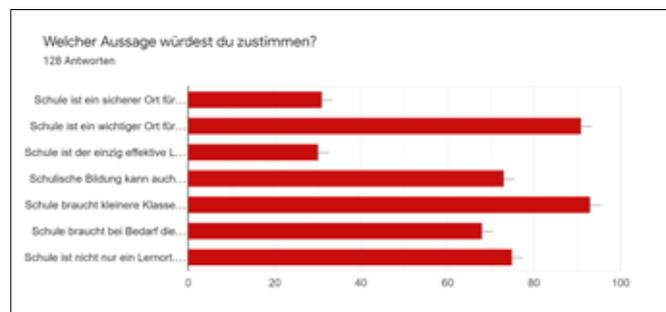
Wenig überraschend dann auch: Zwei Drittel der Eltern hatten selbst beim Wechselunterricht (der mehrheitlich an wechselnden Tagen in der Woche stattgefunden hat) der Kinder zeitliche Einschränkungen. Wobei die Bewertung, wie der Distanzunterricht funktioniert hat, eher dem Positiven zuneigt: 25,6 % geben eine 3, 30,6 % geben eine 2 und 5,8 % eine 1. Demgegenüber geben 18,2 % eine 4, 11,6 % eine 5 und 8,3 % eine 6.

Der digitale Kontakt, sowohl zu Mitschüler:innen wie auch zu den Lehrkräften gibt (in Schulnoten) wiederum ein uneinheitliches, aber zum Negativen neigendes Bild:

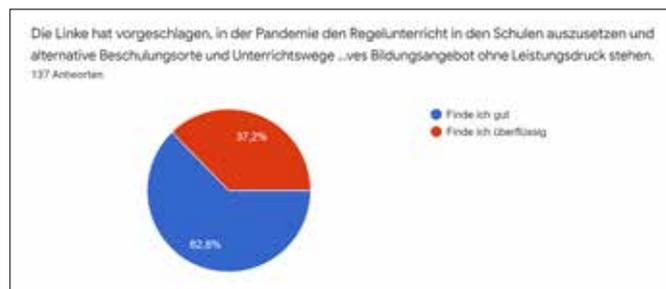


Nach einer Einschätzung von positiven Erfahrungen aus der Pandemie gefragt, gaben die Teilnehmer:innen in dieser Gewichtung Zustimmung zu folgenden Fragen:

- Schule ist ein sicherer Ort für meine Kinder (28,1 %);
- Schule ist ein wichtiger Ort für meine Kinder (71,9 %);
- Schule ist der einzig effektive Lernraum 25,9 %;
- Schulische Bildung kann auch außerhalb der Schule vermittelt werden (54,7 %);
- Schule braucht kleinere Klassen mit festen Bezugspersonen (71,2 %);
- Schule braucht bei Bedarf die Möglichkeit, Noten und Zeugnisse auszusetzen (51,8 %)
- Schule ist nicht nur ein Lernort, Lehrer:innen sind für Kinder auch Ansprechpersonen bei Kummer und Sorgen (59,7%).



Konkret nach politischen Initiativen der LINKEN gefragt, geben Teilnehmer:innen an, mit großer Mehrheit den Vorstoß, den Regelunterricht auszusetzen und andere Unterrichts- und Lernformate sowie außerschulische Lernorte vermehrt zu nutzen, zu unterstützen (62,8 %). Auf die Forderung nach der Einrichtung eines Bildungsrates, auf dem mit einer Vielzahl von Bildungsakteur:innen gemeinsame Konzepte für Schule unter Coronabedingungen entwickelt werden sollen, reagierten 81,9 % der Teilnehmenden positiv.



Nicht zu vernachlässigen sind die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die seelische Lage der Familien. Während ein Fünftel angibt, es gehe ihnen gut, hat ein anderes Fünftel mit schlimmeren Auswirkungen gerechnet; sie sind überrascht, wie gut es ihnen gehe. Doch über ein Drittel sagt, ihre Nerven lägen häufig blank, ein Drittel gibt an, häufig schlecht zu schlafen, 40 % machen sich oft Sorgen und ebenfalls 40 % geben an, sie seien k.o. Daneben gibt es eine Reihe von Einzelaussagen, die allesamt von einem großen Maß an Frustration und Erschütterung zeugen.



Insgesamt decken sich die Tendenzen unserer durchgeführten Umfrage mit der Umfrage der Schulbehörde aus dem Sommer 2020.¹ Auch dort wird eine erhöhte Belastung der Familien festgestellt, die durch die Lage der Schulen in der Pandemie hervorgerufen worden ist. Auch war zu erkennen,

1 <https://www.hamburg.de/contentblob/13982476/734c18989f94decc5fa25d5ef3d82e6d/data/bliz-ergebnisbericht.pdf>.

dass der digitale Fernunterricht durchaus großes Entwicklungspotenzial hat, denn im Verhältnis wurde weniger digital in Videokonferenzen-Arbeitsgruppen als aus Arbeitsblättern und Schulbüchern gelernt. Auch Lernprogramme, Apps oder digitale Angebote von Lernbüchern wurden sehr selten genutzt. Dies mag auch an der Ausstattung der Schüler:innen liegen. Denn auch hier ähneln sich die Ergebnisse der Umfragen. Smartphones werden zu fast 100 % für schulische Zwecke genutzt, erst dann folgen Laptops (62 %) oder Tablets (33 %). Erschreckender Befund hier – im Sommer 2020! – rund zehn Prozent der Schüler:innen waren für ihre Lehrkräfte nicht erreichbar. Konsequenzen hat die Schulbehörde nur bedingt aus den Erkenntnissen gezogen.

Eine Konsequenz war, sich auf eine binäre Logik von »Schule auf« und »Schule zu« zu versteifen, bei geringen Erleichterungen besonders den ersten Schulabschluss betreffend. Dass aber weitreichende Maßnahmen ergriffen wurden, um den Unterricht in seiner Reichweite und Qualität zu verbessern, kann nicht gesagt werden. Nur die Rhetorik änderte sich leicht: Dass Kindern und Jugendlichen die Situation nicht leichtfällt und die Schule zu ihrer Belastung beiträgt, gilt mittlerweile als Fakt. Es wird aber mithin zum Argument, die Schulen *im Regelbetrieb* geöffnet zu lassen. Dadurch hat niemand gewonnen, in der Regel wird dem Coronastress noch der normale Schulstress beigegeben. Dass sich ernsthaft seitens der Schulbehörde um die Belange und Lagen der Schüler:innen Gedanken gemacht wurde, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Auf dem Bildungsrat am 12. Februar werden praktikable und konkrete Möglichkeiten erarbeitet werden, wie jetzt – nach zwei Jahren Pandemiechaos – Schule im Sinne der Kinder und Jugendlichen, im Sinne von ihrem Recht auf Bildung und Teilhabe und dem Gesundheits- und Arbeitsschutz gestaltet werden kann.

Eine geografisch-politische Perspektive Praktikum bei der Linksfraktion

Von Hanna Schulz

»Was hat dein Studium denn mit deinem Praktikum zu tun?«, war eine der mir am häufigsten gestellten Fragen der letzten Wochen. Ich bin Hanna, 26 Jahre alt, studiere Geografie im 7. Bachelorsemester an der Universität Hamburg und mache derzeit ein Praktikum bei der Linksfraktion in Hamburg.

Im Rahmen meines Studiums mit seiner großen Bandbreite an Themenfeldern, nimmt der Bereich der Kritischen Geografie einen hohen Stellenwert ein. Grob zusammengefasst untersucht dieser vor allem gesellschaftliche Strukturen, hebt Ungleichheits- und Machtverhältnisse hervor und stellt diese wiederum in Bezug zum geografischen Raum. Dabei geht es oft um Fragen wie: Wer trifft welche Entscheidungen und zu welchen Zwecken und wer wird in die Entscheidungen einge-

bunden? Wer bestimmt also über den Raum und welche Konflikte entstehen daraus?

Das Praktikum habe ich als Anlass gesehen, mich näher mit diesen Fragen aus einer politischen Perspektive heraus zu befassen. Mit einer näheren Betrachtung lassen sich in eigentlich fast allen Themenbereichen der Fraktionsarbeit geografische Aspekte wiederfinden. Dabei bin ich bisher in die Themen der Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, aber auch in aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes und bei Wirtschaftsthemen eingetaucht.

Ich befasse mich nun also viel praxisbezogener damit, in welche Richtung sich die Stadt Hamburg unter dem Einfluss von gesellschaftlichen Strukturen entwickelt und wie parla-

mentarische Arbeit aussieht, die Ungleichheitsverhältnisse zu durchbrechen versucht. Nicht zuletzt geht es um ganz aktuelle Themen wie die Entwicklung der Städte unter dem Einfluss der derzeitigen Pandemie. Es hat sich schon gezeigt, dass nicht jedes Gewerbe – vor allem das Kleingewerbe – die Pandemie überstehen wird. Und die sich ständig ändernden Auflagen haben die Situation der betroffenen Gewerbe leider nicht verbessert. Das hat bereits gravierende Folgen für unsere Stadtquartiere und auf unser Stadtbild und wird sich in den kommenden Monaten sehr wahrscheinlich noch deutlicher zeigen.

Aber gleichzeitig begleitet mich durch mein Praktikum hinweg auch die Frage nach einer sozial gerechteren Stadt in mehreren Punkten. Hamburg soll eine lebenswerte Stadt für alle werden. Das geht allerdings nur, wenn sie auch für alle bezahlbar bleibt. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die kritische Auseinandersetzung mit der Hamburgs Wohnungspolitik. Unter anderem sorgen solche Umstände wie, dass die Mieten ins Unendliche steigen und die Stadt nicht mit dem Bau von Sozialwohnungen hinterherkommt, nur zur Verstärkung von sozialen Ungleichheiten.

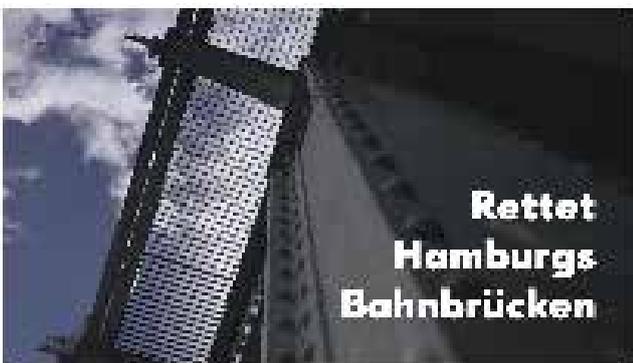
Das waren jetzt nur zwei inhaltliche Beispiele, die mir in den letzten paar Wochen begegnet sind, doch eigentlich könnte ich hier eine ganze Reihe von interessanten Aufgaben, Diskussionen und Gesprächen nennen. Jetzt befinde ich mich ungefähr in der Mitte meines Praktikums und lerne neue kritische Denkweisen kennen, um vorhandene Missverhältnisse in räumlichen Strukturen zu erkennen und wo die Politik ansetzen kann. So habe ich schon viele Verknüpfungen zu den oben gestellten Fragen herstellen können und bin gespannt, welche Anregungen oder Gedankenanstöße mich noch erwarten. Durch meine Zeit bei der Linksfraktion bekomme



Hanna Schulz

ich jedenfalls immer mehr das Bedürfnis, mich für bestimmte Dinge einsetzen zu wollen. Denn die Ausschüsse oder Bürgerschaftssitzungen von meinem Schlafzimmer aus mit Kaffee und Snacks mitzuverfolgen, ist zwar gemütlich und spannend, aber auch etwas frustrierend. Ob das für mich bedeutet, nach dem Studium in die Politik zu gehen, ist eher noch unklar. Aber ich habe eine Menge Ideen bekommen, wie ich fürs Erste anderweitig tätig werden kann.

Tipps und Termine



Manchmal gibt es doch Meldungen, die können wir in diesem Bürger:innenbrief quasi eins zu eins übernehmen, beispielsweise eine Mitteilung des Denkmalvereins Hamburg vom 6. Februar. Dort für »drei

sehens- und lesenswerte Veröffentlichungen« geworben, die wir auch unseren Leser:innen nicht vorenthalten wollen. Zunächst der Kurzfilm des Denkmalvereins **Rettet Hamburgs Bahnbrücken!** (6 min). Darin zeigt der Filmemacher Fynn Jürgensen, »welche verkehrsgeschichtlichen Werte mit Hamburgs historischen Brücken bedroht sind – und warum es dabei um weit mehr als um Mobilität geht« (<https://vimeo.com/673991527>).

Etwas länger währt die Dokumentation **Sternstunde Null** (44 min). Paul Uhlig »beschreibt den geplanten Abriss und Neubau der Sternbrücke in Hamburg-Altona und die Auswirkungen auf den Stadtteil und die dort angesiedelte Kulturszene« (www.youtube.com/watch?v=X4q1n4rEHgA). Und um ganz im Bild zu bleiben, möchten wir auch noch das neue Buch **Die Sternbrücke - ein Hamburger Denkmal zwischen Abriss und Erhalt** (88 Seiten) empfehlen. Merle

Dierks und Sally Wichtmann beschreiben »Geschichte und Konflikte um die Brücke – mit vielen historischen und aktuellen Fotos, kompakt und toll gestaltet«. Das Buch wurde herausgegeben vom St. Pauli-Archiv e. V. und ist dort für 10,- Euro sowie über den Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-00-071063-6).



Muss das Wohnen so teuer bleiben? Dieser Frage gehen Ricarda Pätzold und Patrick Schreiner im Gespräch mit Marco Herack nach. In diesem **Wirtschaftspodcast von ver.di** werden konkrete Antworten gegeben, wie sich der Wohnungsmarkt regulieren ließe und was jetzt zu tun ist (wipo.verdi.de/publikationen/++co++3eb03122-7e9c-11ec-9d84-001a4a160117).



»Hamburg taugt nur bedingt als Vorbild«, titelte das »Neue Deutschland« am 27. Januar (www.nd-aktuell.de/artikel/1160810.mietenwahnsinn-in-berlin-hamburg-taugt-nur-bedingt-als-vorbild.html). Gemeint war die hiesige Wohnungspolitik, die gerne von der Elb- wie auch der Spree-Sozialdemokratie hochgelobt wird, aber doch ihre Macken hat. Der **Berliner Mieterverein** hat nun eine höchst interessante und sehr differenzierte Analyse vorgelegt und die Wohnungspolitik zwischen den beiden größten Städten in Deutschland verglichen. Den **Vergleich der Wohnungsmarkt-**

situation von Berlin und Hamburg vom 25. Januar gibt es im Netz hier: www.berliner-mieterverein.de/downloads/pm2203-kurzstudie-vergleich-wohnungsmarkt-berlin-hamburg.pdf.

»Wohnen und Arbeiten im Moldauquartier«, so lautet der Slogan für den neuen 105. Stadtteil Grasbrook. Als erster Bereich wird der nördliche Bereich entstehen, das Moldauhafenquartier, in dem alleine rund 3.000 Wohneinheiten (davon 35 % »öffentlich gefördert«) und 5.000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Nun gibt es einen ersten Bebauungsplan, den B-Plan Kleiner Grasbrook 1, der ein Gebiet über das Moldauquartier hinaus, nämlich bis zur nördlichen Veddel erfasst. Die B-Plan-Unterlagen liegen vom 15. Februar bis zum 15. März aus, eine Plandiskussion soll es angeblich coronabedingt nicht geben. Einzusehen ist das Material im Foyer der Stadtentwicklungsbehörde (Neuenfelder Straße 19) werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr. Alternativ kann es auch im Netz unter <https://bauleitplanung.hamburg.de> beäugt werden.



Quasi zeitgleich mit diesem »Bürger:innenbrief« erscheint die neue Ausgabe der »LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis«. Die von der Rosa-Luxemburg dreimal im Jahr herausgegebene und kostenfrei Zeitschrift ist das »Diskussionsorgan einer pluralen Linken und sucht nach Wegen zu einer sozialistischen Transformation«. Die Nummer 1/2022 dreht sich um den Schwerpunkt »Besitz ergreifen«. Ge-

blickt wird vor allem »auf die neuen Kämpfe um Entgegnung. Sie wollen nicht einfach Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung: Demokratische Kontrolle von den Wohnungen bis zur Energiewirtschaft, vom Krankenhaus bis zur Plattformökonomie.« Doch wie los werden, »das Privateigentum? Wo sind Hebel, wo Hindernisse? Und was kommt eigentlich nach der Vergesellschaftung?« Alle Beiträge gibt es hier: <https://zeitschrift-luxemburg.de/ausgaben/besitz-ergreifen/>. Enthusiast:innen gönnen sich auch ein kostenfreies Abo.

Der Wirtschaftskrimi und stadtentwicklungspolitische Skandal rund um das **Holstenquartier** geht weiter (s. dazu den »Bürger:innenbrief« vom 21.12.2021). Entgegen aller Kritik, den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor Consus/Adler nicht abzuschließen, steuert der Senat offenbar gezielt darauf zu. Über den aktuellen Stand geht es in einem knapp achtminütigen **Interview** im TV-Sender »Hamburg 1«.



Zu Gast bei »Nachgefragt« ist **Theo Bruns** von der Initiative »Knallt am dollsten« (www.hamburg1.de/media/50079). Eine aktuelle Meldung vom 10. Februar im »finance-magazin« informiert darüber, dass nun auch die Bankenaufsicht Bafin auf die windigen Finanzverhältnisse bei Adler aufmerksam geworden ist und ein Bilanzkontrollverfahren eingeleitet hat (www.finance-magazin.de/finanzabteilung/bilanzskandale/adler-bilanz-rueckt-ins-visier-der-bafin-109994/).

Wann endlich will die Freie und Hansestadt Hamburg die Konsequenzen ziehen und vom städtebaulichen Vertrag mit Adler absehen?

Ein interessantes neues Buch zur Mobilitätswende ist jüngst im VSA-Verlag herausgekommen. Es trägt den Titel **Spurwechsel, genauer um Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion**. »Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Betriebsräten und Aktiven in der Ökologiebewegung gesprochen und alles durchgerechnet. Wenn wir eine echte Mobilitätswende umsetzen wollen, weg von Verbrennungsmotoren, hin zu ÖPNV, Rad und E-Mobilität, muss das alles ja auch produziert werden. Für neue Züge, E-Busse und E-Nutzfahrzeuge, Cargobikes usw. braucht es neue Leitsysteme, Schienen und Werkstätten – für Deutschland und den maßvollen Export. Bei einer Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV, Bahn- und Fahrradverkehr würden bis zu 214.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, kombiniert mit einer 30-Stunden-Woche noch deutlich mehr. Wir reden also nicht von ein paar zusätzlichen Stellen, sondern vom Ausbau der industriellen Beschäftigung im Kernbereich der IG-Metall.« Mehr zu der 409-seitigen Publikation gibt es hier: www.rosalux.de/news/id/45696 (dort ist das Buch zum Preis von 19,80 Euro auch als PDF herunterladbar) und einen wunderbaren, dreieinhalbminütigen »Erklärfilm« hier: www.rosalux.de/media/1702.



Und noch eine Publikation sei hier angeführt. Nicht etwa Friedrich Engels' Schrift »Zur Wohnungsfrage« von 1872/73 (»Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will, ist sonnen-

klar.«), sondern das im Dezember 2021 im Dietz-Verlag erschienene **Buch von Andrej Holm**, Titel **Objekt der Rendite. Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte**. Der Berliner Sozialwissenschaftler setzt sich darin mit der Stadt als Beute der Immobilien-Clans auseinander. Oder, wie Holm in einem Artikel für die »junge welt« am 8. Dezember 2021 schrieb: »Seit 1990 holen sich die Wohnungseigentümer zurück, was ihnen laut kapitalistischer Logik schon immer gehört hat«. Die linke Tageszeitung hat dankenswerterweise einen Auszug aus dem vierten Kapitel der Neuerscheinung gebracht: »Wohnungspolitik zwischen Revanche, Reform und Revolution« (www.jungewelt.de/artikel/416152.wohnen-revanche-der-bourgeoisie.html). Wer es lieber gleich ganz lesen möchte, kann es im Buchhandel für 16,- Euro erwerben.

Das ursprünglich für den 14. Februar angekündigte **8. Immobilienforum Hamburg** ist vermutlich coronabedingt **auf Montag, den 13. Juni, verschoben** worden. Müssen wir unsere Proteste diesbezüglich also noch ein bisschen aufsparen.

Das diesjährige **Hamburger Städtebauseminar** veranstaltet bis zum Juni 2022 elf interessante Veranstaltungen unter dem Titel »STADT.KLIMA.WANDEL – Stadtentwicklung und Baukultur im Krisenmodus?« Am 2. Februar ging es bereits um nachhaltiges Bauen in der HafenCity, am **Mittwoch, den 16. Februar**, 18.30 Uhr, steht eine **Neue Strategie – Hamburgs Anpassung an den Klimawandel** auf der Agenda. Weitere Themen sind u. a. nachhaltige Beleuchtungskonzepte (30.3.), der Hochwasserschutz (6.4.), klimaangepasstes Bauen (27.4.), Denkmalpflege (11.5.) und Urban future-making (18.5.). Das Standardticket für alle Veranstaltungen beträgt 50 Euro, ermäßigt 25 Euro, Studierende haben freien Zutritt, wobei die ersten noch online stattfinden. Das Gesamtprogramm und die Anmelde-möglichkeit gibt es hier: www.staedtebau-seminar.de/.

Der **Zukunftsrat Hamburg** lädt für **Dienstag, den 15. Februar**, von 18.00 bis 20.00 Uhr ein zu einer interessanten Diskussion. Die allgemein zugängliche **Online-Konferenz** – zugleich das 78. Ratstreffen – ist dem Komplex **Partizipation – Bürgernähe – Nachhaltigkeit** gewidmet und stellt die Frage nach einem diesbezüglichen Aufbruch in Hamburg? Teil-

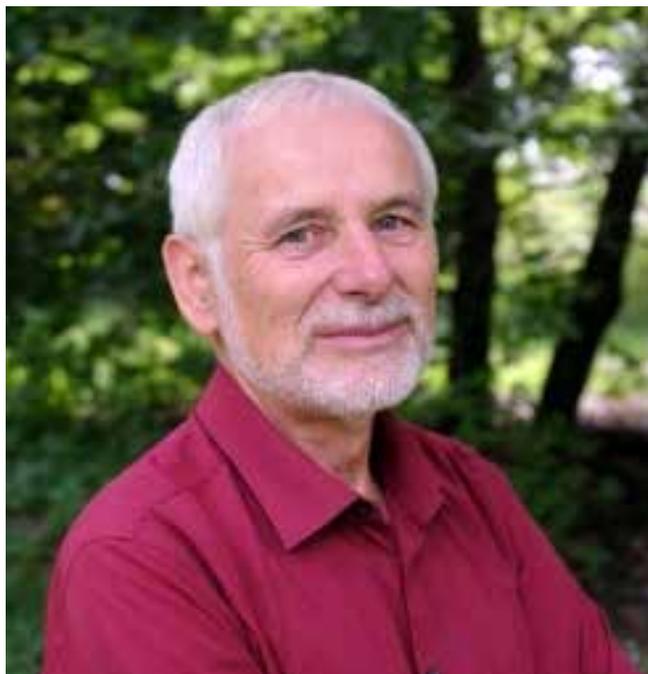
nehmer:innen der Debatte sind Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (sie redet zur StadtWerkstatt), der Staatsrat der Wissenschaftsbehörde Dr. Alexander von Vogel (zum Hamburger Bürger:innen-Beteiligungsbericht 2020) und der Eimsbütteler Bezirksamtsleiter Kay Gätgens (zum Sozialen Leitbild Eimsbüttel 2040). Durch den Abend führen Helena Peltonen-Gassmann und Dr. Ulf Skirke. Anmeldung mit dem Betreff »Bürgerbeteiligung« per E-Mail an anmeldung@zukunftsrat.de.

Die Gewerkschaften GEW und ver.di laden am **Donnerstag, den 20. Februar**, um 19.00 Uhr ein ins »Polittbüro« (Steindamm 45). **Denken statt Talkshow** ist der Abend übertitelt, und es geht um **Reflexionen zur Pandemie**. Beteiligt sind an dieser Denkrunde Matthias Martin Becker, Nadja Rakowitz, Thomas Ebermann, Verena Kreilinger und Wolfgang Hien. Der Eintritt beträgt 15,- Euro, ermäßigt 10,- Euro. Kartentelefon 040/280 55 467.



Von der Landflucht zurück zur Stadtflucht? Das ist eine Entwicklung, die unter Corona sozusagen Landge-

winne verzeichnen konnte. Am **Samstag, den 22. Februar**, 12.15 bis 14.00 Uhr, geht **Ernst Paul Dörfler** (!) diesem Trend nach. Er ist Ökochemiker und Autor des kürzlich erschienenen Buches **Aufs Land** und gehörte in der »Wendezeit« zu den Mitbegründer:innen der DDR-GRÜNEN. Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung der Evangelischen Akademie gibt es zwei Möglichkeiten, entweder vor Ort in der Esplanade 15 oder online. In beiden Fällen ist eine Anmeldung vonnöten: www.akademie-nordkirche.de/veranstaltungen/aktuelles/1086.



Ernst Paul Dörfler

Der Eimsbütteler Bezirksverband der LINKEN macht sich intensive Gedanken um ein **Bildungsprogramm für Mitglieder und Interessierte** (www.die-linke-eimsbuettel.de/start/aktuelles/aktuelles-detail/news/linke-praxis-unser-bildungsprogramm-2-runde/). »Theorie ist wichtig, um Zusammenhänge zu verstehen, aber grau ist alle Theorie, wenn sie nicht in praktisches Handeln mündet. Das gilt auch und vor allem für die Politik. Wir machen ernst und bringen euch mit unseren Bürgerschaftsabgeordneten zusammen, die spannende und erhellende Einblicke in ihre politische Arbeit ermöglichen. Anhand von fünf ausgewählten Themenbereichen zeigen wir, wie man linke Politik in der Praxis umsetzen kann.« Die Reihe **Linke Praxis** startet am **Dienstag, den 22. Februar**,

18.30 bis 20.30 Uhr, mit dem von Heike Sudmann präsentierten Thema **Die Mietpreisexplosion, das 1 x 1 der Hamburger Wohnraumpolitik**.

Es geht weiter mit diesen Veranstaltungen: **Learning by PISA, 1 x 1 der Hamburger Schulpolitik** (mit Sabine Boeddinghaus, 19.4., 18.00 – 20.00 Uhr), **Cum Ex und der Pfeffersack, 1x1 der Hamburger Wirtschaftspolitik** (mit Norbert Hackbusch, 7.6., 18.00–20.00 Uhr), **Hanseatisches Klima, 1x1 der Hamburger Umweltpolitik**, (mit Stephan Jersch, 13.9., 18.00–20.00 Uhr), **Öffentliche Armut, 1x1 der Hamburger Sparpolitik** (mit David Stoop, 2.11., 18.00–20.00 Uhr). Anmeldungen bitte an: bv-eimsbuettel@die-linke-hh.de unter Angabe von Namen und gut erreichbarer E-Mail und Telefonnummer! Ort der Veranstaltung erfragen.

Um **Verqueres Denken** geht es in einem **Live-stream** der Linksfraktion am **Donnerstag, den 24. Februar**, 19.00 Uhr. Der bekannte **Autor Andreas Speit** wird über die Inhalte aus seinem gleichnamigen Buch berichten, dessen Untertitel klärt, welche Gefahren er sieht: Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. Über das Buch gibt es hier mehr: www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel_nr=9159. Wer die Liveveranstaltung miterleben möchte, klinkt sich bei Youtube ein: www.youtube.com/c/LinksfraktionHamburg.

Der Fußgängerschutzverein und Fachverband Fußverkehr Deutschland »FUSS e.V.« lädt für **Donnerstag, den 3. März**, 18.00 Uhr, ein zur **2. FUSSverkehrs-Akademie**. Dieses Mal geht es um das Thema **»Platz da! Verkehrsberuhigte Bereiche & Co«**, um verkehrsberuhigte Bereiche in Neu- und Umbaugebieten, die viel zu viele Parkplätze bieten und sich dennoch zum Rasen eignen. Dipl.-Ing. Katalin Saary wird dazu ab 18 Uhr referieren. Zur kostenfreien Teilnahme an der Onlinekonferenz gilt es noch, sich rechtzeitig den Link zu besorgen: www.fuss-ev.de/?view=article&id=793:fussverkehrsakademie-infos&catid=83. Vorträge der vorausgegangenen Akademie lassen sich gut aufbereitet noch auf Youtube einsehen: www.youtube.com/channel/UCM7ttry3DjU-Xg0ROOwc2zA. Im Übrigen ist Anfang Februar die neue, von den Vereinen FUSS und UMKEHR herausgegebene **mobilogisch. Zeitschrift für Ökologie, Politik und Bewegung** erschienen (www.mobilogisch.de/aktuell.html).

Gut oder schlecht zu wissen!

»Die Corona-Pandemie verschärft soziale Ungleichheit weltweit. Zu diesem Schluss kommt die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam in einem Bericht, den sie kurz vor Beginn der digitalen Konferenz des Weltwirtschaftsforums veröffentlicht hat. Während sich das **Vermögen der zehn reichsten Milliardäre zwischen März 2020 und November 2021 verdoppelt** habe, **lebten mehr als 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut**. Oxfam forderte von den Regierungen weltweit, Konzerne und Superreiche zur Finanzierung sozialer Grunddienste stärker zu besteuern, für globale Impfgerechtigkeit zu sorgen und die Wirtschaft am Gemeinwohl auszurichten.«
 Tagesschau-Meldung vom 17.1.2022 (www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/oxfam-corona-ungleichheit-101.html)

Empfehlenswert in diesem Zusammenhang die 16-seitige-**OXFAM-Kurzfassung** vom Januar 2022 »Gewaltige Ungleichheit. Warum unser Wirtschaftssystem von struktureller Gewalt geprägt ist und wie wir es gerechter gestalten können« [www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf] (Auszug daraus: die Grafik unten)].

Da kommt gerade eine Meldung der Initiative »Pfund gehört daneben« zum richtigen Zeitpunkt. Danach **sammeln 980.000 Menschen in Deutschland regelmäßig Pfand**. So das hochgerechnete Ergebnis einer Befragung von 400 Pfandsammler:innen (Hinz & Kunzt vom 27.1.2022, www.hinzundkunzt.de/980-000-menschen-sammeln-in-deutschland-pfand/).

Zu guter Letzt sei noch ein heißer Tipp angefügt, zumindest für diejenigen, die entweder an regelmäßigen Informationen und Einschätzungen der LINKEN oder auch an einzelnen Themen interessiert sind. Es gibt einen wöchentlichen **Newsletter**, der abonniert werden kann. Es handelt sich dabei eigentlich um einen Mit-

gliederrundbrief, er ist aber jederzeit und für alle zugänglich. Und es wird viel Kraft darin gesteckt, ein mehrköpfiges Redaktionsteam stellt die neuesten Einschätzungen, Entwicklungen und Aktionen bundesweit zusammen. Jede Wochenlieferung hat einen inhaltlichen Schwerpunkt und wird durch eine anschauliche Grafik eingeleitet, am 2. Februar z. B. diese:



Der Link zur Bestellung eines Online-Abonnements und zum Archiv der seit Frühjahr 2020 herausgegebenen Newsletter – www.die-linke.de/start/newsletter – eröffnet aber auch etwas ganz Anderes, den **Zugang zu gebündelten Informationen und Materialien der LINKEN**. Es ist angesichts der Flut an Verweisen oftmals gar nicht so leicht, schnell an die wirklich wichtigen Aussagen heranzukommen, hier geht es, und es lässt sich auf einen Klick die ganze Welt dieser Themen auf den Bildschirm holen, aus linker Perspektive, versteht sich:

- A** Arbeit **B** Bildung **C** Corona **D** Digitalisierung **Demo**kratie **E** Europa **F** Flucht und Migration **Frieden** schaffen **Feministische** Politik **G** Gegen Rechts **I** International **K** Klimaschutz **Kultur** **Kommunalpolitik** **M** Mobilität **P** Pfllegenotstand stoppen **Q** Queer **R** Rente **S** Steuern **Soziale** Sicherheit **W** Wohnen.

Seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast 20-mal mehr Vermögen angehäuft als die ärmsten 50 Prozent der Menschheit zusammen.

REICHSTES PROZENT



ÄRMSTE 50 PROZENT

Quelle: World Inequality Lab (2021): World Inequality Report 2022. <https://bit.ly/3u5wv1f>

Mietenexplosion: Selbst jetzt kann Hamburg was dagegen tun

Von Heike Sudmann

Die schlechten Nachrichten häufen sich:

- Im Dezember 2021 verkündete der Senat, dass sich in Hamburg die durchschnittliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter auf 9,29 Euro erhöht hat, ein Anstieg um 7,3 Prozent zum Mietenspiegel 2019.
- Im Januar musste die Stadtentwicklungssenatorin eingestehen, dass im Jahr 2021 der Neubau von Sozialwohnungen fast um die Hälfte eingebrochen ist.
- Eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 22/6523) ergibt, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten für eine Sozialwohnung auf 339.000 Haushalte gestiegen ist, während die Zahl der Sozialwohnungen bei lächerlich geringen 77.700 stagniert. Selbst mit den 113.000 Wohnungen vom freien Wohnungsmarkt, deren Quadratmetermiete maximal bei dem Sozialwohnungspreis von 6,80 Euro nettokalt liegt, müssen mehr als 148.000 Haushalte in die Röhre schauen.

Doch die Senatorin und die SPD Hamburg sprechen unverdrossen noch immer von einer erfolgreichen Wohnungspolitik des Senats.

Hier eine kurze Replik und Vorschläge für Gegenmaßnahmen:

Der Senat sieht sich gern in der Rolle des bundesweiten Klassen-Primus, habe er doch mit dem »Bündnis für das Wohnen« den Neubau erheblich angekurbelt. Dass »bauen, bauen, bauen« gegen die Mietenexplosion nicht hilft, solange über 70 Prozent der Neubauten teure Wohnungen sind, merken Hamburgs Mieter:innen immer wieder schmerzhaft. Seit der Mietenspiegel 2021 mit 7,3 Prozent den höchsten Anstieg seit den letzten Jahrzehnten brachte, hagelt es Mieterhöhungen, teilweise in dreistelliger Höhe pro Monat.

Zwischen dem Angebot bei Sozialwohnungen und dem Bedarf klafft eine Riesenlücke von über 148.000 Wohnungen. Der letztjährige Einbruch bei den Neubauzahlen für Sozialwohnungen vertieft diese offene Wunde. Das vom Senat angestrebte Drittel von geförderten Wohnungen beim Neubau reicht nicht mal aus, um den Anteil der aus der Bindung laufenden Wohnungen zu erhöhen. Wer jetzt noch sagt, der Drittmix sei der richtige Weg, will einfach nicht mehr günstige Wohnungen schaffen.



Deutliche Worte in der Bürgerschaftssitzung am 2. Februar (Fotos von Michael Zapf/Hamburgische Bürgerschaft)

Was tun?

Nach 15, zukünftig nach 30 Jahren laufen die seit 2011 öffentlich geförderten Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Viel sinnvoller wäre es, nicht nur mehr öffentliches Geld für mehr Wohnungen zu investieren, sondern die günstigen Mieten auf Dauer festzuschreiben. Einmal öffentlich gefördert, immer mietpreisgebunden, ist ein nachhaltiges Rezept.

Im Bundestagswahlkampf haben sowohl SPD als auch GRÜNE ein Mietemoratorium gefordert. Das wurde der Ampelkoalition geopfert. Dass ein Mietestopp trotzdem kommen kann, zeigt der Berliner Senat. Der ebenfalls sozialdemokratische Stadtentwicklungssenator teilte Ende Januar 2021 mit, dass die Berliner Landesregierung mit der Wohnungswirt-

schaft über einen mindestens fünfjährigen freiwilligen Mietestopp verhandeln werde. Das muss der Hamburger Senat sofort auch mit seinem so viel gepriesenen »Bündnis für das Wohnen« verhandeln.

Die Stadt kann und muss mit einem Mietestopp bei dem städtischen Wohnungsunternehmen SAGA vorangehen. Das entlastet mehr als hunderttausend Haushalte. Unglaublich ist hingegen, dass die SAGA im Pandemiejahr 2020 alleine mit Mieterhöhungen die dritthöchsten Einnahmen seit 2011 erzielt hat. Soziale Mietpolitik geht anders.

Beim Hamburger Mietenspiegel werden überdurchschnittlich viele teure Neuvertragsmieten eingerechnet, während z. B. die preisdämpfenden Wohnungen der SAGA nicht im vollen

Umfang berücksichtigt werden. Überhöhte Mieten hingegen, die gegen die Mietpreisbremse verstoßen, können jedoch nicht zuverlässig herausgefiltert werden. Der Senat muss seinen Spielraum nutzen und statt der vielen teuren Neuvertragsmieten mehr günstigere Bestandsmieten berücksichtigen. Und bei den Wohnlagen ist dringend eine andere Gewichtung der Kriterien erforderlich.

Fazit

Dem Senat fehlt es an Größe, seine Fehler in der Wohnungspolitik einzugestehen. Die Mietexplosion in Hamburg kann zumindest abgemildert werden. Wann, wenn nicht jetzt, ver-

handelt der Senat mit der Wohnungswirtschaft über einen freiwilligen Mietstopp? Wann, wenn nicht jetzt, gibt er den Drittmix auf und erhöht den Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen, natürlich mit einer dauerhaften Mietpreisbindung? Wann, wenn nicht jetzt, stoppt er die Mieterhöhungen der SAGA?

Diese sofortigen Handlungsmöglichkeiten werden jedoch das Grundproblem, dass Wohnungen wie Ware gehandelt werden, nicht lösen. Solange Wohnungen auf dem kapitalistischen Markt gehandelt werden, bleiben Mieter:innen dem Profitstreben ausgeliefert.

50 Jahre Berufsverbote

Von Michael Joho

»Jagd auf Linke« (Katharina Schipkowski, taz), das war die von der CDU bis zur SPD verfolgte Maxime vor 50 Jahren. Mitten in der sozialliberalen Aufbruchsära verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz ausgerechnet von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Januar 1972 den sog. »Radikalenerlass«. Formal richtete er sich gegen »links- und rechts-extremistische Verfassungsfeinde«, zur Anwendung kam er nahezu ausschließlich gegen linke Lehrer:innen, Post-, Zoll- und Bahnbeamten:innen usw., betroffen waren vor allem Mitglieder der DKP, aber auch aus verschiedenen »K-Gruppen«.

Die Kernsätze des Erlasses lauten wie folgt: »Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen eine Ablehnung.« Auf dieser Basis wurden in den darauffolgenden anderthalb Jahrzehnten »eine behördliche Hetzjagd auf linke Berufseinsteiger*innen« entfacht, »die sich in 3,5 Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz, 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.296 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen messen lässt« (taz online vom 26.12.2021, taz.de/50-Jahre-Radikalenerlass/!5821215/). Erst 1985 stellte das Saarland als erstes Bundesland die Regelanfrage ein, Ba-

uern folgte als letztes 1991. Anhaltende Proteste – auch internationale – brachten die undemokratische Praxis schließlich zu Fall. Aber für eine ganze Generation von Berufsabsolvent:innen hatte sie fatale Auswirkungen, vor allem auf ihr (erzwungenes) Anpassungsverhalten. Ich selbst, früh politisiert in Bremen, habe nach meiner Erinnerung erstmals 1972 an einer Demonstration teilgenommen, die sich gegen den »Radikalenerlass« richtete. Während meines einige Jahre später aufgenommenen Studiums lebte ich bis zuletzt in der Annahme, später auch mit einem solchen Berufsverbot belegt zu werden. Nicht zuletzt deswegen verzichtete ich auf das Ablegen des zweiten Staatsexamens (wozu der Stress?) und schloss eine Lehramtsperspektive aus. Worüber ich mich später noch so manches Mal geärgert habe.

Das erste Berufsverbotsopfer in Hamburg war übrigens im November 1971 die Volks- und Realschullehrerin Heike Gohl, das bekannteste wurde dann wohl Hans-Peter de Lorent. Über seine Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit der Schulbehörde schrieb er 1980 »Die Hexenjagd«, einen »Berufsverbotsroman«, der ihn drei Jahre lang vor Gericht in Atem hielt, bis er 1983 endlich freigesprochen wurde. Über diese Jahre hat Hans-Peter de Lorent, zeitweilig Hamburger GEW-Vorsitzender, noch einmal ausführlich Ende 2021 berichtet (www.gew-hamburg.de/themen/gew/berufsverbot-wegen-falscher-gesinnung).



Wer mehr über die anhaltende Debatte zur Rehabilitierung und Entschädigung der Berufsverbote-Opfer erfahren oder sich zum Aufruf zur endgültigen Aufhebung des Radikalenerlasses anschließen möchte, schaut hier: www.berufsverbote.de. Interessant ist sicher auch die Diskussion der Hamburger GEW, die sich in einem schmerzhaften Prozess der eigenen »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« erinnert, also dem Ausschluss von Mitgliedern linker Organisationen aus den Gewerkschaften in den 1970er-Jahren (www.gew-hamburg.de/themen/gew/die-unvereinbarkeitsbeschluesse-in-der-gew-in-den-1970er-jahren). Und schließlich sei noch auf einen Antrag der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hingewiesen, in dem sie eine angemessene Opfer-Entschädigung fordert, »mit der sowohl die materiellen und immateriellen Schäden, als auch die Schlechterstellung der Betroffenen in der Altersversorgung ausgeglichen werden« (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78633/50_jahre_radikalenerlass_betroffene_rehabilitieren_und_entschaedigen.pdf). Der Antrag wurde auf der Bürgerschaftssitzung am 2. Februar mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und AFD abgelehnt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat den 50. Jahrestag des Radikalenerlasses zum Anlass genommen, gleich mehrere Online-Veranstaltungen anzubereiten, z. B. am **Mittwoch, den 9. März**, von 18.00 bis 20.00 Uhr. Die Berufsverbots-Betroffenen und GEW-Kolleg:innen Lisa Mohr, Angela Rauscher, Andreas Salomon und Fritz Sendelbeck unterhalten sich über die Frage, **Wie der »Radikalenerlass« Biografien beeinflusste** (mehr zu dieser und den anderen Veranstaltungen gibt es hier: www.rosalux.de/news/id/45796/veranstaltungsreihe-zu-50-jahren-berufsverboten). Auch meh-



Die Internationale Konferenz der Opfer des Radikalenerlasses, am 6. Juni 1980 in Hamburg (Foto: picture alliance / Klaus Rose)

rere Aufsätze sind seit Anfang des Jahres auf der Homepage der RLS zu finden, beispielsweise ein Aufsatz von Alexandra Jaeger – sie hat über den »Radikalenerlass in Hamburg 1971-1987« promoviert und arbeitet heute an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Sie berichtet über den »Fall« Heike Gohl (»Wie eine Lehrerin zur ‚Verfassungsfeindin‘ wurde«, www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenerlass-wird-50/news/id/45690/wie-eine-lehrerin-zur-verfassungsfeindin-wurde).

Mit Erlaubnis der RLS übernehmen wir nachfolgend den letzten Abschnitt aus dem Aufsatz »Den Staat vor »Extremisten« schützen?« von Dominik Rigoll, Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam (www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenerlass-wird-50). Wir danken dem Autor und der Stiftung.

Getroffen ist die Demokratie

Von Dominik Rigoll

Gezielt wurde mit dem Radikalenerlass auf Kommunist:innen – getroffen wurde vor allem die Demokratie. Angefangen bei dem Geburtsfehler, dass die Republik hier den ganzen Staatsdienst gleichsam zum Sicherheitsbereich erklärte, anstatt – wie andere westliche Länder nach 1968 – auf die Möglichkeiten des Disziplinarrechts zu vertrauen.

Zweitens wurde zwar stets behauptet, der Beschluss richte sich auch gegen die organisierte Rechte; faktisch fehlte für ein glaubwürdiges Vorgehen gegen rechts je-doch der politische Wille und das Problembewusstsein aufseiten der Behörden.

Hinzu kam drittens, dass ausgerechnet die jungen Linken, die in den Staatsdienst wollten, eine im Vergleich zu anderen sehr gute Vorstellung davon hatten, wie reibungslos die personelle Restauration ehemaliger NS-Funktionsebenen nach 1949 verlaufen war – gerade in den Institutionen der inneren und äußeren Sicherheit. Wie viele Studien der letzten Jahre zeigen, haben diese institutionell integrierten Rechten die Bonner Demokratie auf vielfache Weise nationalistischer, rassistischer, antisemitischer und negationisti-

sch gemacht, ohne dass ein Beschluss dagegen gefasst worden wäre – im Gegenteil: Dieser »kurze Marsch durch die Institutionen« (Jean Améry) der Nazibeamten wurde durch die Beamtengesetze, auf die sich der Radikalenerlass bezog, befördert in der Hoffnung, so die Loyalität der früheren Nazis zu gewinnen.

Die jungen Linken dagegen, die in den 1970er und 1980er-Jahren abgelehnt oder entlassen wurden, zählten viertens – auch dies wird in der historischen Rückschau immer deutlicher – in der Regel zu jenen Westdeutschen, die die Demokratisierung und Liberalisierung der Bundesrepublik wenn nicht vorangetrieben, so zumindest nicht behindert haben. Denn im politischen Alltag arbeiteten diese Menschen nicht etwa an der Errichtung einer kommunistischen Diktatur, sondern an der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Demokratisierung der Hochschulen, Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, Verbilligung des öffentlichen Nahverkehrs oder Ähnlichem. Dies erklärt auch, warum die übergroße Mehrheit der vom Radikalenerlass betroffenen Linken nach einer gewissen Zeit doch in den öffentlichen Dienst

gelangten – und warum diejenigen, denen dies nicht gelang, heute oft verbittert über das Unrecht sind, das ihnen angetan wurde. Wieder andere wurden durch die Radikalenpolitik vollkommen von der liberalen Demokratie entfremdet, mitunter radikalisiert.

Damit war diese Radikalenpolitik fünftens Wasser auf die Mühlen militanter Gruppen wie der RAF, die sich gegen die «linken Schleimscheißer» gegründet hatte, die als «Erzieher und Lehrer» in den Institutionen angekommen waren, aber auch der SED, die ebenfalls auf »Treuepflichten« pochte. Sechstens machte der Beschluss eine nach dem Mauerbau begonnene Liberalisierung des Politischen teilweise rückgängig und verhinderte so, dass die Bonner Demokratie kommunistische Parteien ebenso als legitime Akteure anerkannte, wie das andere Demokratien in Westeuropa taten: Sicherheitsüberprüfungen und Disziplinarverfahren gegen Linke gab es auch dort – verhaltensunabhängige Ausschlüsse nicht. Während der Kommunist Eric Hobsbawm seit 1971 an den Univer-

sitäten von London und Stanford seine Standardwerke zum Nationalismus und Imperialismus verfassen konnte, wurden westdeutsche KP-Mitglieder daran gehindert, in Grundschulen zu unterrichten. Ernest Mandel – wie Hobsbawm ein Überlebender der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden – wurde 1972 ein Ruf an die FU Berlin verwehrt, wo er in den 1960er-Jahren noch gelehrt hatte.

Der Radikalenbeschluss steht also nicht nur für individuell erlittenes Unrecht und für eine eklatante Fehleinschätzung der politischen Lage durch die Innenbehörden, sondern er markiert auch das Stocken eines politischen Liberalisierungsprozesses, wie er in anderen «westlichen» Demokratien nach 1968 tendenziell weitergehen konnte. Es war eine Maßnahme, die die liberale Demokratie schützen sollte, sie aber beschädigte, indem sie die einen einschüchterte und die anderen radikalisierte. Eine Gesellschaft, die diesen Fehler nicht wie Willy Brandt einsieht, läuft Gefahr, dass sie ihn wiederholt.

Mehr ankommende Geflüchtete:

Afghanistan-Krise trifft Hamburg unvorbereitet

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Ensslen, ist in diesen Wochen vor allem um die afghanischen Geflüchteten bemüht. Wir nehmen hier eine Pressemitteilung der Linksfraktion vom 27. Januar sowie einen Beitrag aus dem Polit-Talk »5 Minuten Klartext« des Radiosenders »HAMBURG ZWEI« vom 28. Januar auf. In beiden Fällen bezieht Carola Ensslen Position.



Pressemitteilung der Fraktion vom 27. Januar

Von den über 3.000 in Hamburg im Jahr 2021 angekommenen afghanischen Geflüchteten sind rund 1.800 in Hamburg geblieben – allein im Dezember knapp 250. Dies ergibt sich aus einer Anfrage der Linksfraktion. Angesichts der Schreckensherrschaft der Taliban in Afghanistan muss aber von weiteren Ankommenden ausgegangen werden. Der Senat antwortet, dass er insgesamt mit rund 5.000 Geflüchteten mit Unterbringungsbedarf in Hamburg rechnet. Trotz dieser Schätzungen sollen aber nur 4.200 Plätze bereitgestellt werden, wie sich

aus einer Senatspräsentation im Sozialausschuss in Harburg ergibt. Danach wird im ersten Halbjahr 2022 ein Bedarf von 400 Plätzen pro Monat angenommen, im zweiten Halbjahr nur noch 300. Zuvor waren es nur 250 Plätze, obwohl sich bereits seit Juli 2021 ein erhöhter Unterbringungsbedarf abzeichnete. Der Senat sieht die Gefahr eines Defizits von bis zu 3.000 Plätzen, wenn es nicht gelingt, mehr Kapazitäten zu schaffen.

Dazu Carola Ensslen, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Es ist gut, dass Geflüchtete in Hamburg nach wie vor durch zahlreiche Engagierte willkommen geheißen werden. Vor allem die Zahl der Ankommenden aus Afghanistan zeigt: Die Not ist dort so groß, dass die Menschen trotz aller Gefahren fliehen. Und Hamburgs Senat ist nur schlecht darauf vorbereitet, die wieder in größerer Zahl Ankommenden zur Ruhe kommen zu lassen und angemessen unterzubringen. Es wird eng – das hat der Senat mittlerweile eingeräumt. Aber er reagiert zu spät und will nicht einmal Platz entsprechend den eigenen Schätzungen schaffen. Und es ist nicht einmal klar, ob das gelingt. Anstatt Plätze abzubauen, hätte viel früher für mehr Plätze und eine bessere Unterbringung gesorgt werden müssen.«

Wer mehr Zahlen und Senatseinschätzungen haben möchte, schaut sich am besten Carola Ensslens Kleine Anfrage vom 21. Januar an (Drs. 22/6994, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78547/aufnahmekapazitaet_fuer_gefluechtete_schafft_hamburg_genug_platz.pdf).



Interview mit dem Radiosender HAMBURG ZWEI am 28. Januar

Im Polit-Talk »5 Minuten Klartext« des Radiosenders HAMBURG ZWEI hat **Dr. Carola Ensslen**, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft, einen großzügigeren Umgang im Bleiberecht für Flüchtlinge gefordert. Die Juristin spricht sich für eine Bleibeoffensive anstelle einer Rückführungsoffensive aus. »Da sind immer so förmliche Dinge: Es fehlt ein Pass, es fehlt der Identitätsnachweis oder so was. Das wird dann gerne als Begründung genommen, hier ein Bleiberecht zu verweigern. (...) Somalia ist so ein Land, wo allgemein bekannt ist, dass es gar kein Urkundenwesen gibt, und nichts wird anerkannt aus diesem Land. Aber dann sollen die Leute irgendetwas beischaffen, wo am Ende gesagt wird, das zählt nicht und sie kriegen deswegen dann keine Arbeitserlaubnis. Hier finde ich, dass man mit dem Bleiberecht wesentlich großzügiger sein kann«, so Ensslen gegenüber HAMBURG ZWEI.

Kein Verständnis für brutale Abschiebungspolitik

Carola Ensslen berichtet von einem jungen Mann aus Pakistan, der als Dreizehnjähriger nach Hamburg gekommen sei, die Sprache gelernt, die Schule besucht, den ersten allgemeinen Schulabschluss gemacht und einen Ausbildungsplatz gesucht habe. Dieser habe sich auf den mühsamen Weg gemacht

eine ID-Karte zu beschaffen, und am Ende werde ihm vorgeworfen, dass er jetzt nicht noch den Pass beschafft habe und er wurde in Abschiebehaft genommen. Jetzt soll er abgeschoben werden, das führte zu einem Selbsttötungsversuch. Die Politikerin: »Das finde ich schon sehr dramatisch. (...) Vieles von dem, was ich aufgezählt habe, ist in der Gesamtsumme das, was ich als brutal bezeichnen würde.«

Psychische Gesundheit der Flüchtlinge wird oftmals missachtet

Die Expertin für Flüchtlingspolitik wirft insbesondere dem Bundesamt für Migration vor, die Gesundheit von Flüchtlingen oft eklatant zu missachten. Ensslen führt aus: »Es werden ärztliche Untersuchungen gemacht auf Flugreisetauglichkeit und dergleichen. Oftmals kommen aber die psychischen Belange viel zu kurz. Es werden auch keine entsprechenden Fachärzte eingesetzt, die das beurteilen können.«

Ausländerbehörde und Eingabenausschuss in Verantwortung nehmen

Ensslen erwartet, dass Hamburgs Ausländerbehörde und der Eingabenausschuss Verantwortung übernehmen: »In dem Fall geht es ganz besonders um die Dublin-Fälle, das sind diejenigen, die über ein anderes EU-Land eingereist sind und jetzt innerhalb der Sechsstundenfrist wieder in das Land zurückgeführt werden sollen. Hier sagt das Amt für Migration, dass es gar keine Entscheidungsspielräume geben könnte. Das ist rein formaltechnisch auch richtig, nur gibt es auch wieder Fälle psychischer Erkrankung und schwerer Traumatisierung mit Suizidgedanken und -gefährdung, wo ich meine: Es zählen Grundrechte aufgrund des Gesundheitsschutzes. Da muss dann die Behörde auch mal dahin gehen und selber gucken und dann auch im Einzelfall eine Abschiebung verweigern.«

Dies ist die Zusammenfassung des Interviews von HAMBURG ZWEI mit Carola Ensslen (www.carola-ensslen.de/carola-ensslen-fordert-mehr-grosszuegigkeit-im-bleiberecht-exklusiv-interview-bei-hamburg-zwei/). Das vollständige Interview im O-Ton gibt es hier: www.hamburg-zwei.de/ hoeren/podcasts/F%C3%BCnf-Minuten-Klartext-bei-HAMBURG-ZWEI-id437090.html.

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts:

Aufruf zur Kundgebung

»Zwei Jahre nach Hanau«

Samstag, 19. Februar, 13.00 Uhr, Bert-Kämpfert-Platz (U/S-Barmbek)

Die Kundgebung zum Gedenken an die Opfer der rassistischen Morde von Hanau und in Solidarität mit Angehörigen und Überlebenden



Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau neun junge Menschen aus rassistischen Gründen erschossen. Der Täter aus der Nachbarschaft hat sich vor den Augen der Sicherheitsbehörden auf seine Tat vorbereitet wie es bereits der Täter von Halle, der dort ein Blutbad in der Synagoge anrichten wollte, und der Mörder von Walter Lübcke in Kassel tun konnten.

Die Prozesse und Urteile gegen die Mörder des NSU, von Halle und Kassel haben noch einmal deutlich gemacht: Die Tragweite rechten Terrors wird nach wie vor verharmlost durch die immer wiederholte These von »Einzeltätern«, die die Rolle ihrer gemeinsamen Ideologie vom »großen Austausch« und angeblicher weißer Überlegenheit ebenso ausblendet wie die rechte Vernetzung auch in der digitalen Welt.

Zwei Jahre nach Hanau: kein Vergeben, kein Vergessen – gemeinsam gegen Rassismus!

Das Massaker von Hanau steht in einer langen Reihe rassistischer Morde in Deutschland und deren lückenhafter Aufklärung. Welche Rolle spielen dabei rechte Netzwerke in der Polizei und anderen Behörden? Unerträglich sind anhaltende rassistische Hetze und Ausgrenzungsstrategien der AfD, aber auch nicht endende Debatten über Themen wie »mangelnde Integration« und »Leitkultur«. Durch beides fühlen sich potenzielle Attentäter in ihren Auffassungen bestätigt und zur Tat ermutigt.

Die Angehörigen der Mordopfer von Hanau kommen, genau wie viele andere durch rassistische Gewalttaten traumatisierte Menschen, nicht zur Ruhe. Aktuell sprechen sie im Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags über das Versagen und die Respektlosigkeit der Behörden, über deren mangelnden Aufklärungswillen und Schutz - über den »Normalzustand von institutionellem Rassismus«.

Auch zwei Jahre nach dem Anschlag gibt es viele Fragen, keine Antworten, keine Konsequenzen. Die Angehörigen und Überlebenden fordern Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen! Dazu gehört die Forderung nach dem Rücktritt des hessischen Innenministers Beuth. Warme Worte von oben haben die Angehörigen satt:

»Wir brauchen Taten statt Worte. Wir können nicht auf den nächsten Anschlag warten!« hieß der eindringliche Appell aus Hanau an die Öffentlichkeit, an alle Antifaschist*innen. Daran wollen wir zum Jahrestag des Massakers erinnern und unsere Solidarität demonstrieren.

Die Forderungen der Angehörigen aus Hanau sind auch unsere!

Um dem rechten Terror ein Ende zu setzen, um Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus wirksam entgegenzutreten, dürfen wir es nicht bei Fassungslosigkeit und Trauer belassen. Wir unterstützen die Selbstorganisation der Betroffenen und stehen an ihrer Seite. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus ist untrennbar verbunden mit der Solidarität im gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, gegen strukturelle Diskriminierung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, gegen rassistische Beleidigungen, Polizeigewalt, Racial Profiling und rechte Diskurse aller Art.

Die Toten von Hanau und Halle, der versuchte Mord an Ahmet I., der Mord an Walter Lübcke, die Opfer des NSU, die Morddrohungen gegen Politiker*innen, die Drohungen des NSU 2.0 gegen bekannte Aktivistinnen, die Ignoranz gegen das Sterben von Tausenden Geflüchteten im Mittelmeer (und an EU-Ausgrenzen) - das alles zeigt uns, wie notwendig der gemeinsame Kampf gegen Faschismus und Rassismus ist.

www.keine-stimme-den-nazis.org/

Kultur­tipp

Zwischen Kolonialismus und Raubkunst

Von Michael Joho

Zu den Themen, die unter historisch-politisch interessierten Menschen in den vergangenen Jahren besonders bewegend, weil neue Erkenntnisse generierend waren, gehört sicherlich der Kolonialismus. Aufgewachsen bin ich in Bremen mit dem »Überseemuseum«, in Hamburg habe ich das »Völkerkundemuseum« kennengelernt. Darin: kulturelle Schätze aus der ganzen Welt. Dass sie zu einem erheblichen Teil zusammenge­raubt waren und gerade in den genannten, mit der kolonialen Ausbeutung verstrickten Hafenstädten präsentiert wurden, in Bremen seit 1896, in Hamburg bereits seit 1879, ist erst seit relativ kurzem in der Diskussion. Empfohlen sei in diesem Zusammenhang z. B. die »Heidelberger Stellungnahme« vom 2. Mai 2019, in der die Direktor:innen der Ethnologischen Museen im deutschsprachigen Raum erstmals erklärten, es verstehe »sich von selbst, dass aufgrund von Unrecht im Moment des Herstellens oder Sammelns in die Museen gelangte Objekte – wenn dies von Vertreter*innen der Urhebergesellschaften gewünscht wird – zurückgegeben werden sollten« (www.uebersee-museum.de/ueber-uns/projekte-positionen/dekolonisierung-erfordert-dialog-expertise-und-unterstuetzung/). Ebenso interessant ist das »Eckpunktepapier für ein gesamtstädtisches dekolonisierendes Erinnerungskonzept« vom 26. Februar 2021, das der 2019 vom Senat berufene Beirat zur Dekolonisierung Hamburgs vorgelegt hat (www.hamburg.de/contentblob/14929000/dfa4164c2e99e177217f65df7cb85a4a/data/21-eckpunkte-dekolonisierung.pdf).

Dass alles das nicht nur graue Theorie ist, belegen zwei aktuelle Ausstellungen des 2018 in »Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt« (MARKK) umbenannten ehemaligen Völkerkundemuseums an der Rothenbaumchaussee 64. Schon seit April 2021 läuft die **Ausstellung »Hey Hamburg, kennst Du Duala Manga Bell?«** (<https://markk-hamburg.de/hey-hamburg-kennst-du-duala-manga-bell/>). Im Mittelpunkt steht Rudolf Manga Bell (1873–1914), der zwischen Douala in Kamerun und einem kleinen Dorf in Süddeutschland aufwuchs und hier wie da eine sehr gute Ausbildung erfuhr. Nach seiner Rückkehr setzte er sich als König der Duala an die Spitze des Widerstandes gegen die widerrechtliche Vertreibung. Am 8. August 1914 wurde er von der Kolonialmacht durch Erhängen hingerichtet. Zur Vertiefung sei ein online gestellter Artikel aus der »Zeit« vom 25. August 2021 empfohlen:



len: www.zeit.de/2021/35/rudolf-manga-bell-duala-volk-kamerun-kolonialismus-justizmord/komplettansicht.

Furore machte Mitte Dezember 2021 die Eröffnung der **Ausstellung »Benin. Geraubte Geschichte«** (<https://markk-hamburg.de/ausstellungen/benin-geraubte-geschichte/>). Den Hintergrund bildet die koloniale Besetzung des einst mächtigen Königreichs Benin (heute Edo State, Nigeria) durch britische Truppen im Februar 1897. Tausende Kunstwerke aus Bronze, Elfenbein und Holz von unschätzbarem Wert für die Geschichte und Traditionen der Menschen in der afrikanischen Region wurden geplündert und in die »zivilisierten« Nationen verhöckert. Rund 1.200 Benin-Werke landeten in deutschen Museen, davon 179 in Hamburg. Nun werden im MARKK all diese, aus dem 16. bis 18. Jahrhundert stammenden Gegenstände noch einmal in einer »Abschiedsausstellung« (Direktorin Barbara Plankensteiner) präsentiert. Allein die Großartigkeit der Arbeiten lässt einen erschauern, und es wächst das Gefühl dafür, dass einem Volk, vielleicht einem ganzen Kontinent im Grunde die Seele ausgerissen wurde. Um als »exotische« Objekte aus »Übersee« in den Vitrinen der imperialistischen Metropolen zu landen. Nach langer Debatte werden diese herausragenden Werke afrikanischer Kunst im April 2022 endlich nach Benin City restituiert. ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg